

Freundschaft läßt sich nicht erzwingen

Die „DSF“ schadete nur den deutsch-russischen Beziehungen

Es gibt in der Sowjetzone eine Organisation, der man beizutreten pflegt, wenn man mit der SED und ihren Ablegern nichts zu tun haben will, sich andererseits aber den sogenannten „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ nicht ganz entziehen kann: Die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“. Auch sie ist zwar eine kommunistische Organisation, ihre Funktionäre werden in direkter Linie vom SED-Zentralkomitee angeleitet, aber man hat es zumindest nicht nötig, in ihr irgendeine Aktivität vorzutäuschen. Weil man Antikommunist ist, möchte man sich durch einen kleinen Beitragstribut von dem zusätzlichen und mitunter gefährlichen Vorwurf befreien, auch noch „antisowjetisch“ eingestellt zu sein.

Auf diese Art sind im Laufe der Jahre dreieinhalb Millionen Menschen in die sogenannte „DSF“ hineingeraten. Und wenn die Gesellschaft, von der hier die Rede ist, in diesen Tagen ihren zehnten Jahrestag mit Staatsakten und rühmlichen Erwähnungen jener 3½-Millionen-Zahl begeht, mag sich jedes Mitglied in Ruhe überlegen, was die Kommunisten der deutsch-russischen Freundschaft mit dieser Organisation geschadet haben.

Der große Trugschluß

Als die Sowjets 1946 eine „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ gründeten und überall entsprechende Klubschhäuser errichteten, bestand die echte Möglichkeit, mit diesen Bestrebungen vor allem die Intelligenz von positiveren Seiten des Sowjetregimes zu überzeugen. Damals bestand eine echte Bereitschaft unter den Intellektuellen, mehr über jenes durch einen „Eisernen Vorhang“ getrennte Land zu erfahren. Man suchte die menschlichen und geistigen Faktoren eines Regimes, das viele noch nicht zu durchschauen vermochten.

Die sowjetzonalen Kommunisten waren es, die den Sowjets den verhängnisvollen Trugschluß suggerierten, eine solche Gesellschaft müsse als politische Organisation auf

„Breitenbasis“ operieren. So kam es zu jener „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“: Aus einer Gruppe von 2200 ernstlich am Studium russischer Kultur interessierter Menschen wurde eine 3½-Millionen-Organisation, deren Mitgliedern die deutsch-russische Freundschaft mit jeder Beitragszahlung verleidet wird.

Die „Mitgliedswerbung“

Im November 1949 wurde der erste „Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ inszeniert. Die SED veranlaßte ihre in die „DSF“ lancierten Funktionäre, die Aktivität der Gesellschaft in die Betriebe zu verlegen. Innerhalb vier Wochen wurden auf diese Art eine Million Mitglieder „geworben“. Man stellte den Arbeitern und Angestellten staatlicher Betriebe und Verwaltungen einfach die Suggestivfrage: „Bist Du für oder gegen die Freundschaft zur Sowjetunion?“ Mit rigorosesten Mitteln ging man gegen jene vor, die sich zu sträuben wagten. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Mitgliedschaft in der DSF zur Voraussetzung für den sozialen Aufstieg jeder Art.

Es kam, wie es kommen mußte, Freundschaft läßt sich nicht erzwingen, und schon gar nicht mit derartigen Methoden. Je mehr Ortsgruppen der DSF gebildet wurden, um so gleich-

förmiger wurde das, was die Gesellschaft nun zu bieten hatte. Sie präsentierte ihren aktiven Mitgliedern bald nur noch einen ideologischen Aufguß des SED-Parteilehrjahrs. Es bildete sich eine Gruppe von etwa 60 000 hauptamtlich bezahlten Funktionären, die den Etat der Gesellschaft ständig in die Höhe schraubten, und die Mitglieder begannen mit konstanter Regelmäßigkeit, nach einem halben Jahr die Beitragszahlung einzustellen.

Die Säuberung

Diese ungesunden Verhältnisse, die selbst das bei kommunistischen Organisationen gewohnte Maß überstiegen, führten im vergangenen Jahr zu jener aufsehenerregenden Säuberung, die fast den gesamten Funktionärskörper der DSF hinwegfegen sollte. Der inzwischen als Präsident der Gesellschaft fungierende Ostberliner Verwaltungschef Fritz Ebert (SED) entließ seinen Generalsekretär Grünberg und den gesamten Führungsstab und begann, die Zwangseintreibung der Mitgliedsbeiträge zu organisieren. Innerhalb Jahresfrist erreichte er die heutige Zahl von 3 500 000 nominellen Mitgliedern, von denen — mit Ausnahme der Funktionäre — keine 10 000 mehr echten Anteil an der Arbeit der DSF nehmen. In der Bundesrepublik aber, wo man zuletzt immer mehr in das illegale Fahrwasser der Sowjet-spionage geriet, ist die DSF verboten und gestorben.

Nun will Ebert bis zum November, bis zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution, weitere 250 000 Mitglieder werben. Niemand weiß, wo er sie hernehmen mag. Aber jeder weiß, wem solche genommene Freundschaft schaden muß.

„Besondere Verantwortung“

DT. Fabrikation und Versand von Noten wachsen ständig. Form und Inhalt variieren kaum noch, und sogar die Verpackung ist fast schon uniform. Moskau aber ist unerträglich. Es will unbedingt das letzte Wort haben, nachdem deutsch-sowjetische Noten in eindeutigen Formulierungen zu immer dem gleichen Thema und in genügender Zahl gewechselt wurden. Dieses letzte Wort Moskaus aber ist kein neues Argument oder gar ein Entgegenkommen mit verständnisvollem Eingehen auf die deutschen Ansichten, und dieses letzte Wort hat auch keine schlagende Wirkung, sondern es ist eine Wiederholung des längst Bekannten. Das muß auch jetzt wieder gesagt werden, obgleich der neueste Notenwortlaut noch nicht veröffentlicht wurde.

Die sowjetische Atom-Drohnote vom 27. April erfuhr bekanntlich eine energische Zurückweisung am 25. Mai durch Bonn. Jetzt, nach dem bereits üblichen zeitlichen Zwischenraum von vier Wochen, kommt nun aus Moskau die Antwort auf die Antwort. Diesmal — und das scheint in erster Übersicht das einzig Besondere zu sein — haben sich die Sowjets nach den üblichen Wiederholungen ihrer Drohungen und Eingriffsversuche in die Bundeswahlen auf einen Satz der deutschen Note verlassen, in dem es die Bundesregierung ablehnt, einer „fremden Macht“ (UdSSR) Rechenschaft abzulegen. Die so demonstrativ vortragene volle Souveränität des Bundes wird nun von Moskau mit der Bemerkung in Frage gestellt, daß die vier Großmächte eine „besondere Verantwortung“ für Deutschland tragen, solange kein Friedensvertrag besteht. Diese Verantwortung besteht in der Tat, und es ist sehr richtig, daß Moskau sich endlich und ausdrücklich wieder einmal zu ihr bekennt. Aber sie besteht in der Verpflichtung, die Spaltung des Landes zu beseitigen, um damit tatsächlich die unbedingte

und primäre Voraussetzung für jeden Friedensvertrag zu schaffen. Die „besondere Verantwortung“ der Sowjets wie auch der übrigen Großmächte kann aber nicht darin bestehen, sich nach Gutdünken in deutsche Angelegenheiten einzuschalten, wann und wo es einem immer paßt.

Besondere Verantwortung ist keine allgemeine Einnischung! Sich in das natürliche deutsche Sicherheitsbedürfnis einzumischen, was sowjetischerseits immer wieder versucht wird, hat mit Verantwortung für Gesamtdeutschland nichts zu tun. Solange die deutsche Lösung, für die Sowjetrußland zugebenermaßen mitverantwortlich ist, nicht herbeigeführt ist, ja gerade wegen des sowjetischen Widerstandes nicht herbeigeführt werden kann, vermag Moskau auch nicht mit dem Schein eines Rechtes die Rolle des Schulmeisters in Westdeutschland zu übernehmen. Wo Moskau von seiner „besonderen Verantwortung“ Gebrauch machen müßte und sollte, verzichtet es großzügig, indem es diese Verantwortung auf Bonn und Pankow übertragen möchte — damit dann gesamtdeutsche Gespräche mit Ulbricht scheitern und Moskau sich frei fühlen könnte von der Pflicht, die von seiner Verantwortung gegenüber Deutschland nicht zu trennen ist: die Wiedervereinigung herbeizuführen. Immerhin ist die sowjetische Betonung, eine besondere Verantwortung gegenüber Deutschland zu tragen, auch eine gewisse Ermütigung insofern, als es jetzt darauf ankommen wird, die somit von Moskau neu angesprochene Deutschland-Verantwortung der vier Großmächte zu aktivieren, damit man zu Ergebnissen kommt, die ja überhaupt nur auf dieser Basis zu erzielen sind.

Der Wahlkampf

DT. Niemand wird mit Sicherheit sagen können, wann denn eigentlich der Wahlkampf in der Bundesrepublik begonnen hat. Jedenfalls hat er zu früh begonnen, viel zu früh. Die Wahlkampfspezialisten der Parteien, ihre Nur-Redner, Polemiker, Diskutierer und Agitatoren haben den nüchternen politischen Arbeitern längst den Rang abgelaufen. Das ist vor allem in den unteren Regionen

der Parteiorganisationen festzustellen. Oben, an den Spitzen, sieht es anders aus; dort sind die Fachexperten identisch mit den propagandistischen Zugnummern. Bei der „offiziellen“ Wahlkampföffnung der SPD vor zwei Wochen in Dortmund wurde das sehr deutlich und mußte am vergangenen Sonntag an gleichem Ort noch deutlicher festgestellt werden bei der ebenfalls „offiziellen“ Wahlkampföffnung der CDU.

Diese, die Regierungs- und Kanzlerpartei, besitzt ihre besondere Überzeugungskraft, weil sie nach achtjährigem Regieren etwas vorzuweisen hat, also gleichzeitig klare Bilanz ziehen kann mit unbestreitbaren Erfolgen, — wenn auch die Opposition versucht, das Noch-Nicht-Erreichte als so wesentlich hinzustellen, daß demgegenüber alles Erreichte wie ein Nichts sei. Und hieraus ergeben sich (zwar sehr vereinfacht, was aber durchaus der oftmals geradezu schrecklichen Vereinfachung der Wahlkampftaktiken entspricht) die beiden Pole, zwischen denen sich der Wähler entscheiden muß. Diese beiden Pole enthalten natürlich auch die zahlreichen Gegensätze zwischen SPD und CDU in den verschiedenen politischen Teilfragen. Aber jenseits aller echten wie konstruierten Meinungsverschiedenheiten geht es bei der Wahl nicht zuletzt um die Entscheidung, entweder für die Fortsetzung einer seit 1949 bekannten, erwiesenen, erprobten politischen Linie unter Führung der CDU, oder für den Beginn einer unbekannteren, unerwiesenen und unerprobten politischen Linie unter Führung der SPD. Denn diese würde als bisherige Oppositionspartei die alte Regierungslinie nicht fortsetzen können, sie würde zu etwas Neuem gezwungen sein. Und hinter diesem Neuen würde das politische Experiment stehen, wenn es nicht gar damit identisch wäre.

In der Tat ist bei der noch unentschiedenen Wählermasse — die aber für die kommende Regierung entscheidend sein dürfte — die Wahlentscheidung nicht allein eine Sache der nüchternen Überlegung, sondern auch des Temperaments, der persönlichen Veranlagung. Eine

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Heuss eröffnet INTERBAU

Berlin (Eigenbericht). Auf der Gartenterrasse des Schlosses Bellevue im Tiergarten wird Bundespräsident Heuss am 6. Juli die Internationale Bauausstellung 1957 eröffnen. Die „Interbau“ wird die größte Schau in Berlin seit der Gewerbe-Ausstellung von 1896 sein.

Im Mittelpunkt steht der Wiederaufbau des Hansaviertels nach modernen städtebaulichen Gesichtspunkten.

H-Bombe ohne Radioaktivität

Ankündigung Eisenhowers — Kein Abzug aus Europa

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower teilte auf seiner Pressekonferenz mit, daß amerikanische Wissenschaftler in etwa vier bis fünf Jahren eine Wasserstoffbombe entwickelt haben werden, deren Explosion mit keinerlei radioaktiven Niederschlägen mehr verbunden ist. Diese Waffe würde dann den Einsatz gegen begrenzte Ziele erlauben und nicht mehr ein „Mittel zur unkontrollierbaren Vernichtung“ durch Radioaktivität sein.

Bereits jetzt haben die USA eine zu 95 Prozent „saubere“

Jugendschutzgesetz verabschiedet

Einschränkende Bestimmungen — Spielhallen-Verbot

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag hat fast einstimmig ein neues Jugendschutzgesetz beschlossen, das eine Reihe wesentlicher Einschränkungen bringt. Eine Bestimmung, die besonders für Berlin wichtig werden wird, regelt, daß Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren sich nicht mehr in öffentlichen Spielhallen oder in ähnlichen Räumen, wo Spielgeräte aufgestellt sind, aufhalten oder an Glücksspielen teilnehmen dürfen.

Nach dem Gesetz dürfen vor allem Filme, die lediglich für Erwachsene freigegeben sind, in Zukunft nur noch von Jugendlichen ab 18 Jahre besucht werden. Bisher waren alle Filme für Jugendliche ab 16 Jahre frei. Kinder unter 6 Jahren sind künftig über-

haupt vom Kinobesuch ausgeschlossen. Die Filmselfbstkontrolle legt fest, ob ein Film von Kindern und Jugendlichen ab 6, 12 oder 16 Jahre besucht werden darf.

Das Gesetz, dessen Billigung im Bundesrat als sicher angenommen wird, verbietet ferner die Abgabe alkoholischer Getränke an Kinder bis zu 14 Jahren „zum eigenen Genuß“.

An öffentlichen Tanzveranstaltungen sollen Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren überhaupt nicht mehr teilnehmen dürfen. Von 16 Jahren an darf die Anwesenheit bei solchen Veranstaltungen nur bis 24 Uhr gestattet werden, jedoch ab 22 Uhr nur noch in Begleitung eines Erziehungsberechtigten.

Kadar läßt weiter hinrichten

Aber Ungarns KP spricht von Freiheit der Kritik

Wien (AP). Der Sender Budapest hat die Hinrichtung von vier ungarischen Freiheitskämpfern, darunter der 25-jährigen Studentin Ilona Toth, bekanntgegeben. Die Zahl der offiziell zugegebenen Hinrichtungen in Ungarn hat sich damit auf 45 erhöht.

In Budapest tagt inzwischen der Kongreß der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“. Eine Änderung des Parteistatus, die von Staatsminister

Marosan bekanntgegeben wurde, sieht vor, daß die Parteimitglieder in Zukunft auch aus eigener Initiative ihren Austritt aus der KP erklären können. Bisher war nur ein Ausschluß durch die Parteiführung möglich. Weiterhin soll in Zukunft den Parteimitgliedern gestattet sein, „Kritik an Parteibeschlüssen zu äußern und ihre Bedenken der Parteiführung zuzuleiten“.

Ein Sprecher des ungarischen Außenministeriums sprach den ungarischen Arbeiterräten, die während des Volksaufstandes ins Leben gerufen worden waren, die Existenzberechtigung ab. Mit der Behauptung, sie seien mehr politische als wirtschaftliche Einrichtungen, begründete der Sprecher seine Forderung nach Übernahme der Funktionen der restlichen Arbeiterräte durch die staatlichen Gewerkschaften. Zur Einführung der Rede- und Pressefreiheit in China sagte der Regierungssprecher auf einer Pressekonferenz, selbst der chinesische Staatschef Mao Tse Tung habe vor einer mechanischen Nachahmung des chinesischen Beispiels gewarnt.

Wasserstoffbombe.

Der Präsident bestätigte ferner die Mitteilung von Außenminister Dulles, daß die amerikanischen Truppen in Übersee im Rahmen ihrer „Umrüstung“ — d. h. Umstellung auf Atomwaffen — verringert werden. Er betonte aber, daß ein Abzug amerikanischer Einheiten aus dem NATO-Raum nicht beabsichtigt sei und derzeit auch keine definitiven Pläne für einen Abzug an anderer Stelle — Japan ausgenommen — bestehen.

Sie widersprechen sich...

„In einigen Ländern setzen die Anstifter und Anhänger des kalten Krieges alles daran, die Teilnahme der Jugend an den Weltfestspielen (in Moskau, D. Red.) zu verhindern... Aber die Gedanken sind frei, und es nimmt ein schlechtes Ende, wenn man versucht, die Jugend einzusperren. Die Jugend, der die Zukunft der Welt gehört, will alles mit eigenen Augen und nicht durch fremde Greisenbrillen sehen! Natürlich können auch junge Menschen verschiedener Meinung sein, aber es ist zweifellos das Beste, diese Dinge in offenem Gespräch am runden Tisch klarzustellen und zu bereinigen... In vielleicht hitzigen, aber bestimmt offenen Diskussionen werden wir einander besser kennen- und verstehen lernen.“

Zitat aus der in Moskau erscheinenden Zeitschrift „Sowjetunion“ (Nr. 5/1957). Diese Sätze seien denen ins Stammbuch geschrieben, die über 650 000 Studenten und Oberschülern der Sowjetzone das rigorose Reiseverbot nach dem Westen ihres Vaterlandes verhängt haben.

Reiseverbot gilt auch für die Schweiz

„Nicht weniger gefährlich als NATO-Länder“

Berlin (DPA). Die vom Sowjetzonen-Staatssekretär für Hochschulwesen über die Studenten verhängten Reisebeschränkungen gelten auch für Reisen in die Schweiz. Dies

Fuellsack gestorben

Berlin (Eigenmeldung). Der Senatsdirektor für Finanzen, Paul Fuellsack, ist am Sonnabendmittag nach längerem Leiden im Alter von 64 Jahren plötzlich gestorben. Fuellsack war seit 1945 in den Verwaltungen für Ernährung, Wirtschaft und Finanzen an leitender Stelle, u. a. als Stadtrat, tätig.

Sicherheit ist Vorbedingung

Gerstenmaier über Deutschland-Fragen

Berlin (DPA/Eigenmeldung). Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier bezeichnete im überfüllten Auditorium maximum der Berliner Freien Universität die Nordatlantische Verteidigungsorganisation als „Ersatz für das einstweilig gescheiterte Sicherheitssystem der Vereinten Nationen“.

In einem ausführlichen Referat über innen- und außenpolitische Fragen stellte der Bundestagspräsident mit Nachdruck fest, daß die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinten Deutschlands heute nicht gefordert sei und auch nicht gefordert werden sollte. Das bedeute, daß sich das vereinte Deutschland grundsätzlich frei und offen auch für einen anderen militärischen Status entscheiden könne. „Er kann anders aussehen als unser gegenwärtiger NATO-Status, aber er

muß unter allen Umständen Deutschlands Sicherheit garantieren und Deutschland als ganzem die Freiheit lassen, seine innere und äußere Politik in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu gestalten.

Zu dem deutsch-sowjetischen Verhältnis sagte Gerstenmaier, die gesunde Entwicklung der Beziehungen sei bedauerlicherweise auf das schwerste durch die immer erneute Zumutung der Anerkennung der Sowjetzonen-Regierung belastet.

Peking soll Abrüstung unterzeichnen

Eine Forderung der Commonwealth-Konferenz

London (AP/DPA). Die zehn Regierungschefs der Commonwealth-Länder haben auf ihrer Konferenz in London einmütig die Auffassung vertreten, daß Rotchina als mögliche künftige Atommacht alle Abrüstungsabkommen zwischen Ost und West mit unterzeichnen sollte. Jedes weltumspannende Abrüstungsabkommen würde bedeutungslos bleiben, wenn nicht auch die Volksrepublik China zur Ein-

haltung der Abrüstungsbestimmungen verpflichtet würde.

Wie Gewährleute aus dem Konferenzsaal berichten, erkannten die Teilnehmer aber allgemein die Schwierigkeiten an, die für die USA entstehen würden, wenn gegenwärtig ein offizieller Vorschlag für eine Beteiligung Chinas an einem Abrüstungsabkommen gemacht würde. Von den zehn an der Konferenz vertretenen Ländern haben Großbritannien, Indien, Ceylon und Pakistan Rotchina diplomatisch anerkannt. Der neugebildete Negerstaat Ghana wird voraussichtlich in Kürze das gleiche tun. Australien, Neuseeland, Kanada, Südafrika und die zentralafrikanische Föderation haben dagegen bisher ebenso wie die USA die Anerkennung Pekings abgelehnt.

Auf der Commonwealth-Konferenz, die ausschließlich dem Abrüstungsprogramm gewidmet war, setzte sich, wie verlautet, der indische Ministerpräsident Nehru energisch dafür ein, daß die USA und Großbritannien mit der Sowjetunion ein Abkommen über die Beendigung der Atomwaffenversuche abschließen. Nehru betonte, daß dies den ersten Schritt für ein allgemeines Abrüstungsabkommen darstellen würde.

teilte der Prorektor für Studien-Angelegenheiten der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Eberhard Zschieschang (SED), Studenten der Theologischen Fakultät der Universität mit, die auf Einladung einer Schweizer evangelischen Organisation in diesen Tagen in die Schweiz reisen wollten. Zur Begründung erklärte der Prorektor, daß die „Spionage-Organisationen aller westlichen Länder ihre Agenturen in der Schweiz unterhalten und die Gefährdung der Studenten der DDR in der Schweiz daher nicht weniger gering ist als in irgendeinem NATO-Land“.

So sind sie wirklich:

Rückkehr zum „Proletkult“?

In zahlreichen SED-Zeitungen, unter anderem in der literarisch-akzentuierten „Weltbühne“, tauchten dieser Tage urplötzlich Artikel und Leserbriefe auf, in der ein come-back des Barrikadensängers Ernst Busch gefordert wurde. Ernst Busch, der seit Jahren zum Ensemble des Ostberliner Deutschen und Schiffbauerdamm-Theaters gehört, solle sich auf seine revolutionäre Vergangenheit besinnen und den alten „Proletkult“ restaurieren: Mit Spanienliedern und den Songs aus der Kampfzeit der zwanziger Jahre.

Um es kurz zu machen: Die Kampagne ist gelenkt, und die SED versucht mit ihrer Hilfe einen Mann umzustimmen, der für sich die „Revolution“ von der Tagesordnung abgesetzt hat und sich auf die freiere Bühne des klassischen Schauspiels zurückgezogen hat. Für die SED aber wäre es bittere Notwendigkeit gewesen, diesen Mann aus jenem Verzicht herauszureißen. Sie, die erst vor wenigen Monaten den alten kommunistischen „Proletkult“ aus der proletarischen Mottenkiste zu holen begann, möchte mit Männern wie Ernst Busch neues Leben in das erstarrende Parteigegefüge bringen. Denn wer „revolutionäre Stimmung“ vortäuschen möchte, braucht dazu in erster Linie echte Revolutionäre. Und die sind in der SED am allerwenigsten zu finden...

Steht im Brockhaus

Wer aber ist Ernst Busch? Wir finden ihn im Ost-Brockhaus auf Seite 284: „... geb. 22. Januar 1900, beliebter Arbeitersänger und hervorragender Schauspieler, Mitglied der Deutschen Akademie der Künste...“ In Tondern, Schleswig-Holstein, wurde Busch als Sohn eines Maurers geboren. Er selbst kam als junger Werftarbeiter zu den Laienkunstgruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend, wurde von einem Kieler Intendanten entdeckt und

ERNST BUSCH



genieß so als Zwanzigjähriger klassischen Schauspielunterricht.

Aber er brannte durch, vagabundierte durch halb Europa und fand schließlich Mitte der zwanziger Jahre nach Berlin, wo ihn das politische und unpolitische Kabarett gefangen nahm. Durch den „Dreigroschenoper“-Film wurde er über Nacht berühmt, er arbeitete unter Robitschek im „KadeKo“ und unter Finck in der „Katakomba“. 1931 lernte er die heute als Eva Busch bekannte Tucholsky-Interpretin Eva Zimmermann kennen, die Ehe ging später durch Emigrations- und Kriegswirren auseinander.

War nicht in der KPD

Durch seine Freundschaft mit Thälmann ist Busch als „alter Kommunist“ bekannt. Tatsächlich war er niemals in der Weimarer KPD. Vor den Nazis flüchtete er nach Holland und Frankreich, kämpfte in Spanien als Internationaler Brigadier und wurde schließlich aus der französischen Internierung an die Gestapo ausgeliefert. Die Kommunisten rührten keinen Finger für ihn, bei einem Luft-

angriff auf das Moabiter Gefängnis wurde er durch eine Gesichtslähmung schwer verletzt.

Nach 1945 entsann man sich des Mannes, der vor 1933 auf unzähligen Parteiversammlungen seine zündenden Brecht- und Tucholsky-Lieder sang. Die ersten Schallplatten, die in der Sowjetzone erschienen, waren von Ernst Busch. Man brachte ihn dazu, nunmehr in die KPD und später in die SED einzutreten. Seine Freundschaft zu Emigrations- und Spanienkameraden wie Dahlem und Rau mag den Ausschlag gegeben haben. Denn Busch war im tiefsten Innern Kommunist, und gerade darum hatte er, der die KP-Intrigen aus der Zeit Thälmanns besser als mancher andere kannte, damals nie den Weg zur KP gefunden. Es wäre falsch, ihm zu unterstellen, er habe aus Parteigründen — um sein bürgerliches Ansehen zu erhöhen — diesen Schritt nicht getan. Thälmann hatte ihn oft genug darum gebeten, aber Busch war zu frei, um organisierter „Kommunist“ zu sein.

Kein Talent zum Funktionär

Die SED machte ihn dennoch zum Direktor des Schallplattenverlages „Lied der Zeit“. Aber Busch hatte kein Talent zum Funktionär. Als die große Säuberung unter den „Westemigranten“ begann, zog er sich immer mehr von der Partei zurück. Heute will er nur noch dem Schauspiel leben. Nicht einmal die „Matrosen von Cattaro“ vermag er überzeugend zu spielen, er flüchtet in die Vergangenheit — zu Galileo Galilei...

Jene aber, die ihn, weil sie ihn als aufrechten Mann mögen, nun gleichfalls rufen, sollten bedenken, daß dieser Mann vielleicht gar nicht mehr an alte Zeiten erinnert werden mag. An Zeiten, wo man noch Kommunist sein konnte, ohne sich dessen wegen seiner Artgenossen schämen zu müssen.

Die Rache des Staatssekretärs

Girnus verschickt seine ersten „Gestellungsbefehle“

In diesen Tagen erhalten jene Oberschüler, die ihre Immatrikulation für das kommende Studienjahr beantragt haben, vielfach ein kurzgefaßtes Schreiben des sowjetzonalen Staatssekretariats für Hochschulwesen, in dem es heißt: „Ihre Immatrikulation ist für das Studienjahr 1958/59 vorgemerkt. Voraussetzung ist, daß Sie sich am 19. August 1957 im VEB ... (oder in der LPG ...) einfinden, um dort bis zum 23. August 1958 Ihr praktisches Jahr abzuleisten!“ In allen Fällen wird der Name eines zumeist gar nicht am Ort liegenden Staatsbetriebes oder Staatsgutes bzw. einer Produktionsgenossenschaft angegeben.

Die Mehrzahl der überrumpelten Oberschüler entdeckt erst an zweiter Stelle, daß die Art des zugewiesenen Betriebes überhaupt nicht mit dem beabsichtigten Studium zu vereinbaren ist. Man scheint es ganz im Gegenteil darauf angelegt zu haben, die künftigen Studenten in möglichst abartige Berufswege zu vermitteln. Künftige Philosophen kommen in die Landwirtschaft, Veterinärmediziner in den Schwermaschinenbau und Ingenieure in ein Braunkohlenwerk. Alle werden in den ihnen zugewiesenen Betrieben als eine Art Hilfsarbeiter zum Tariflohn der beiden untersten Klassen eingestellt und haben keine Möglichkeit, gegen diesen Entschcheid zu protestieren.

Arge Enttäuschung

Nun war immerhin bekannt, daß das Staatssekretariat ein derartiges Pflichtjahr einzuführen beabsichtige und man wußte auch um den besonderen Haß, den Staatssekretär Dr. Wilhelm Girnus — ein ehemaliger Oberschullehrer und später in der Partei avancierter Kulturfunktionär — den um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden sowjetzonalen Studenten entgegenbrachte. Dennoch gab es arge Enttäuschung bei den Betroffenen, die viele vom beabsichtigten Studium abhalten wird.

Selbst kommunistische Funktionäre und Journalisten wie der SED-Schriftsteller Stefan Heym haben versucht, Girnus von dieser Zwangslösung abzubringen. Mit allen erdenklichen Argumenten versuchte man, die Unsinnigkeit dieser Maßnahme klarzulegen und den Zwangseinsatz der Immatrikulations-Anwärter wenigstens in berufsgerechte Bahnen zu lenken.

Girnus lehnte alle Vorschläge ab und befahl vorerst für 35 Prozent aller ein Studium beantragenden Oberschüler dieses unsinnige Pflichtarbeitsjahr.

Eingeweihte Kreise sind sich völlig darüber im klaren, daß es sich um einen simplen Racheakt gegen die politisch opponierenden sowjetzonalen Oberschüler und um eine drastische Warnung an alle rebellierenden Studenten handelt. Nicht umsonst hat Girnus unmissverständlich erklärt, daß die SED und ihr Hochschul-Staatssekretariat jeden Studenten, der künftig gegen den Staat auf-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
 Druck: W. Buxenstein, GmbH.

trete, erbarmungslos exmatrikulieren und zur Bewahrung in die Produktion schicken werde. Girnus geht in diesem Punkt mit Ulbricht konform, der seinem Staatssekretär völlig freie Hand zu lassen scheint.

Keine Garantie für 1958!

Auf eines muß aber noch hingewiesen werden: Wer am kommenden 19. August das von der SED verfügte Zwangsarbeitsjahr beginnt, besitzt noch lange keinen Garantieschein, daß er im September 1958 auch wirklich ein Hochschulstudium beginnen darf. Girnus hat dies erst am letzten Wochenende ausdrücklich in einem Interview mit der kommunistischen „Berliner Zeitung“ unterstrichen. Die künftigen Studenten, so sagte er, dürften in den für den Arbeitseinsatz bestimmten Staatsbetrieben kein „Verhalten an den Tag legen, das schwere charakterliche Mängel offenbart oder gemeinschaftsfeindlich ist“.

Das heißt, in die deutsche Umgangssprache übersetzt: Jeder im Arbeitseinsatz befindliche Studienanwärter unterliegt in diesem Pflichtjahr einer besonderen politischen Kontrolle durch die Betriebs-, Partei- und Gewerkschaftsorgane. Nicht seine Arbeitsleistung, sondern seine politische Haltung wird

entscheidend sein. Erst im Betrieb hat die SED die Möglichkeit, den aus der schulischen Gemeinschaft gelösten Studienaspiranten unter absolute politische Kontrolle zu nehmen. Die SED-Betriebsparteileitungen sind verpflichtet, über jeden künftigen Studenten einen sogenannten Kaderbogen anzulegen, in dem eine ausführliche politische Beurteilung erfolgt. Dieser Kaderbogen geht drei Monate vor Beendigung des Pflichtjahres an das Staatssekretariat zurück, wo nun über die Zulassung des Betreffenden entschieden wird.

Was die meisten nicht wissen: Girnus ließ, um den Erfolg seiner Aktion zu sichern, in diesem Jahr rund 30 Prozent mehr Studienbewerber registrieren, als überhaupt Studienplätze vorhanden sind. Im nächsten Jahr soll es wiederum so gehandhabt werden. Auf diese Art mag sich jeder ausrechnen, wie groß die Chance ist, die ihm die SED an den Universitäten beläßt!



„Noch so 'ne Hitzewelle, und wir können uns Goldbuchstaben leisten, Herr Direktor!“



Konzert auf der „Stalinorgel“

Der Wahlkampf

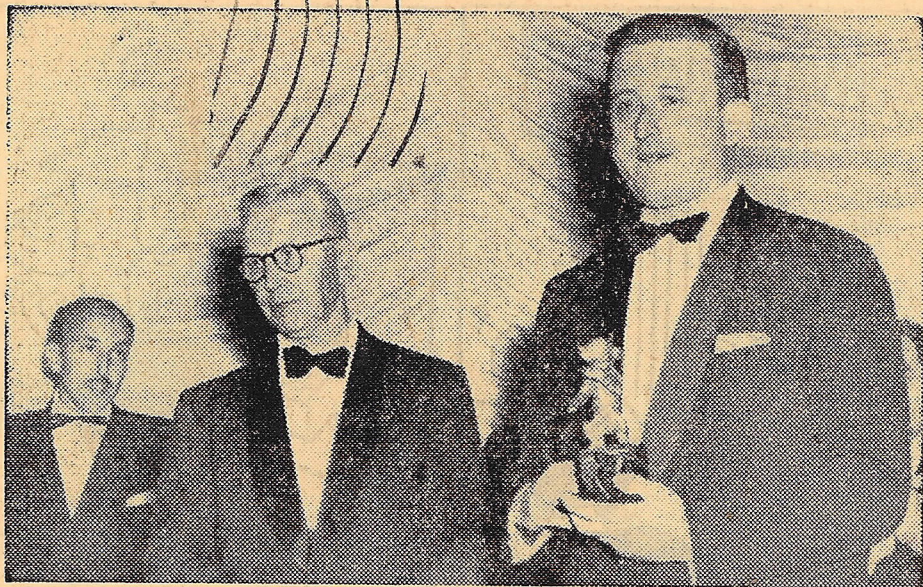
Fortsetzung von Seite 2

ausgeglichene, konservative Grundhaltung kann und wird so manchem parteipolitisch Unentschiedenen den Ausschlag geben wie andererseits auch jene revolutionär anmutende Haltung, die unbedingt einen neuen Kurs steuern will, Vorsicht und Unvorsichtigkeit, Geduld und Ungeduld, Zufriedenheit und Unzufriedenheit — das alles sind auch wahlbestimmende Faktoren jenseits eines politischen Kalküls.

Es sind dies übrigens Faktoren, die ganz bewußt vom Gegner der westdeutschen Demokratie in Rechnung gestellt werden. So beweist eine Rede Ulbrichts vor dem Parteitag der verbotenen KPD irgendwo in der Zone, wie sehr die SED auf das Neue und Unruhige nach einem eventuellen sozialistischen Wahlsieg hofft. Dann nämlich,

so sagt Ulbricht, sei die „Sache noch nicht in Butter“, dann müsse der „Kampf erst recht geführt“ werden, damit sich eine wirkliche Änderung des bisherigen Regierungskurses in Bonn vollzieht, wofür ihm die jetzige SPD-Führung keine Gewähr bietet. Und um diese Zeit im Sinne der SED vorzubereiten, fordert er schon jetzt die illegale KPD auf, in Westdeutschland „anzugreifen und den Kampf aufzunehmen“ gegen die dortigen Methoden. Ganz abgesehen davon, daß dies eine grobe Provokation ist und die Aufputschung der verbotenen KPD gegen das westdeutsche Staatswesen einen bisher kaum dagewesenen Übergriff Pankows in die Angelegenheit der Bundesrepublik bedeutet, zeigt sich hier das Wahlkampf-Interesse des gemeinsamen Gegners in völlig demaskierter Deutlichkeit.

Den Parteien wie auch den Wähler sollte das erneut zu denken geben, zumal sich der Wahlkampf ganz besonders in außenpolitischen Gefilden abspielt, wo es um die Sicherheit geht und um das Gesamtgeschick Deutschlands schlechthin. Auf Parteiprogramme, vorgelesen in der Atmosphäre des Wahlkampfes, wird nicht viel gegeben. Bezeichnenderweise berichteten die westdeutschen Blätter von der sonntäglichen CDU-Tagung weniger über die dort in der sogenannten Star-Parade vorgestellten Erfolgsmänner der Partei („Adenauer steht nicht allein“), dafür aber um so mehr über den Parteivorsitzenden, oder genauer: über den Bundeskanzler als den Inspirator und den Hauptverantwortlichen der vergangenen und gegenwärtigen Politik. Und das wird sich, so oder so, auf die Massen der noch Unentschiedenen auswirken. Mehr als Versprechungen und Beteuerungen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Den „Goldenen Bären“, den ersten Preis der diesjährigen Berliner Filmfestspiele, erhielt der amerikanische Streifen „Die zwölf Geschworenen“. Rechts: der Vertreter des Hauptdarstellers, der den Preis in Empfang nahm. — Unten: U-Bahn-Bau im Westberliner Hansaviertel. Hier: der Bahnhof Hansaplatz kurz vor seiner Fertigstellung.

